



**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR ARBEIT, SOZIALES  
UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Stubenring 1, 1010 Wien

DVR: 0017001

**AUSKUNFT**

Dr.in Susanne Mayer

Tel: (01) 711 00 DW 6188

Fax: +43 (1) 7158254

Susanne.Mayer@sozialministerium.at

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse  
post@sozialministerium.at zu richten.

Parlamentsdirektion  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1017 Wien

Per E-Mail NR-AUS-  
PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

**GZ: BMASK-40001/0134-IV/9/2014**

Wien, 12.01.2015

**Betreff: Petition Nr. 33/PET betreffend Einführung der dualen Lehrausbildung im Sozial- und  
Pflegebereich**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezug nehmend auf das Schreiben vom 2. Dezember 2014, Zl.: 17010.0020/44-L1.3/2014,  
betreffend die Petition betreffend Einführung der dualen Lehrausbildung im Sozial- und Pfl-  
gebereich, Nr. 33/PET, nimmt das Sozialministerium wie folgt Stellung:

Aus kompetenzrechtlicher Sicht kann festgehalten werden, dass die Zuständigkeiten für den  
Bereich des Berufsausbildungsrechts im Hinblick auf den Gesundheits- und Pflegesektor pri-  
mär beim Bundesministerium für Gesundheit (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz –  
GuKG), sowie bei den Ländern (Sozialbetreuungsberufe-Gesetze) und beim Bundesministeri-  
um für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Berufsausbildungsgesetz – BAG) liegen.

Nach Kenntnisstand des Sozialministeriums zielt die derzeit seitens des Bundesministeriums  
für Gesundheit in Vorbereitung stehende Reform des Gesundheits- und Krankenpflegegeset-  
zes unter anderem auf die Schaffung eines flexibleren modulartigen Ausbildungssystems ab.

Im Rahmen der Reform soll es zur Schaffung des Berufsbildes einer „Pflegeassistent“ kom-  
men, wobei die einjährige Pflegehilfeausbildung im Rahmen von 1.600 Stunden beibehalten  
wird, es jedoch zu einer „Entrümpelung“ der bisherigen Ausbildungsinhalte kommen soll.  
Ergänzend soll das Berufsbild der „Pflegeassistent Plus“ eingeführt werden. Durch die Absol-  
vierung auf spezifische Fachbereiche gerichtete bestimmte Ausbildungsmodule (wie etwa für  
den Bereich der Pflege und Betreuung von DemenzpatientInnen), soll eine settingorientierte  
Weiterqualifikation des Pflegepersonals ermöglicht werden.

Das seitens der Bundesministerin für Gesundheit am 14. November 2014 bei der Tagung der LandesgesundheitsreferentInnen vorgestellte Reformkonzept beruht unter anderem auf den Empfehlungen der beim Sozialministerium eingerichteten „Reformarbeitsgruppe Pflege“ und auf der eingehenden Evaluierung der bisherigen Rechtslage – unter Miteinbeziehung der GÖG (Gesundheit Österreich GmbH) – und wurde durch die GesundheitsreferentInnen positiv aufgenommen.

Die Beschlussfassung über die Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes zur Einbringung einer Regierungsvorlage wurde seitens der Frau Bundesministerin für Gesundheit für 2015 in Aussicht genommen. In diesem Zusammenhang kann auch auf den Beschluss der LandesgesundheitsreferentInnenkonferenz vom 14. Mai 2014 zum Thema „Pflegeausbildung NEU“ (VSt-107/31) verwiesen werden.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass im Rahmen der ExpertInnengespräche und der daraus entstandenen Empfehlungen der „Reformarbeitsgruppe Pflege“ Konsens darüber besteht, dass die physischen und psychischen Belastungen in den Pflegeberufen für Menschen unmittelbar nach Abschluss ihrer Pflichtschullaufbahn zu hoch erscheinen.

Schließlich wird nochmals auf die Reform des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes und den Zugang zur Heimhilfeausbildung ab Vollendung des 17. Lebensjahres verwiesen.

Im Übrigen gibt es bereits ein umfassendes Angebot an Berufsbildern auch im Behindertenbereich.

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:

Mag. Manfred Pallinger

*Elektronisch gefertigt.*